

# FLÜCHTLINGSRAT HAMBURG

Offenes Plenum für antirassistische Arbeit

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34 22765 Hamburg 3. Stock

Tel: 040 – 431 587

info@fluechtlingsrat-hamburg.de

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Büroöffnungszeiten:

Mo., Di. 10:00 – 13 :00 Uhr

Do. 14:00 – 18:00 Uhr

**Presseerklärung für  
02.09.2021**

**Bundesweiter Aufruf: AnKER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption, wie das Ankunftszentrum Rahlstedt, sofort schließen!**

**Der Flüchtlingsrat Hamburg fordert ein Aufnahmeverfahren für Geflüchtete, das die Rechte, die Unversehrtheit und das Wohl in Deutschland und in Hamburg ankommender Menschen respektiert.**

Der Flüchtlingsrat Hamburg, Diakonie Deutschland, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Gesamtverband, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, PRO ASYL, die Landesflüchtlingsräte sowie zahlreiche weitere Verbände und Organisationen fordern gemeinsam die Schließung der AnKER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption für die Aufnahme von in Deutschland ankommenden Geflüchteten.

Am 1.8.2018 gingen bundesweit die ersten AnKER-Zentren in Bayern in Betrieb, inzwischen haben auch andere Bundesländer AnKER-Zentren eingerichtet oder betreiben Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption, wie u.a. Hamburg mit dem Ankunftszentrum Rahlstedt. Das Ankunftszentrum Rahlstedt wurde im Jahr 2016 eröffnet und wies bereits zu diesem Zeitpunkt zahlreiche Merkmale der 2018 eingeführten AnKER-Zentren auf. Seit fünf Jahren dokumentiert der Flüchtlingsrat Hamburg die Situation im Ankunftszentrum Rahlstedt. Entsetzt von der dortigen menschenfeindlichen Praxis fordert er von Anfang an die sofortige Schließung dieses Sammelagers, aber auch der AnKER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption in anderen Bundesländern.

Der Flüchtlingsrat Hamburg begrüßt es sehr, dass sich dieser Forderung nun rund 65 bundes- und landesweite Wohlfahrtsverbände, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen angeschlossen haben.

Die Schließung der AnKER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption, wie das Ankunftszentrum Rahlstedt, ist allein deshalb notwendig, weil das erklärte Ziel nicht erreicht wird. Die Asylverfahren in diesen Einrichtungen dauern genauso lang wie in allen anderen Erstaufnahmeeinrichtungen, denn große Lager beschleunigen keine Asylverfahren, das können nur hinreichend viele und gut qualifizierte Mitarbeiter\*innen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Aber besonders notwendig ist die Schließung der AnKER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption auch, weil der Aufenthalt dort die Menschen zermürbt, die dort über viele Monate untergebracht sind – im Ankunftszentrum Rahlstedt werden Familien mit Kindern und Alleinstehende z.Zt. bis zu sechs Monate festgesetzt, Alleinstehende in Einrichtungen einiger anderer Bundesländern sogar bis zu zwei Jahre. Im Ankunftszentrum Hamburg müssen sich, wie auch in vielen anderen Bundesländern, bis zu über 1000 Geflüchtete auf engstem Raum Mehrbettzimmer, sanitäre Anlagen und Gemeinschaftsräume teilen - das Hamburger Ankunftszentrum ZEA 2 im Bargkoppelstieg kann mit bis zu 1140 Personen belegt werden. Die dort untergebrachten Menschen haben keine Privatsphäre und sind einer ständigen Kontrolle und Überwachung durch Sicherheitsdienste und Polizei ausgesetzt. Kinder werden meist nur

rudimentär direkt in den Lagern beschult, statt die umliegenden Regelschulen zu besuchen. Eine adäquate Kinderbetreuung für die jüngeren Kinder ist nicht gegeben. Kantinenessen, striktes Sachleistungsprinzip und Residenzpflicht schränken die Selbstbestimmung und die Bewegungsfreiheit der Menschen massiv ein. Ehrenamtliche Unterstützer\*innen, Freund\*innen und Angehörige haben nur sehr erschwert oder gar keinen Zugang. Zudem finden regelmäßig nächtliche Abschiebungen mit einem Großaufgebot der Polizei statt. Andere Geflüchtete, die alle eine lange und schwere Flucht hinter sich haben, leben in ständiger Angst und werden retraumatisiert. Das betrifft in besonderem Maße vulnerable Geflüchtete, die trotz der Verpflichtung, die sich aus der EU-Aufnahmerichtlinie ergibt, gar nicht erst identifiziert werden, geschweige denn eine adäquate Versorgung erhalten.

Geflüchtete werden, wie im Ankunftszentrum Rahlstedt, ohne hinreichende unabhängige und barrierefreie Rechtsberatung innerhalb kurzer Zeit durch die ersten Schritte des Asylverfahrens bis hin zur Entscheidung über den Asylantrag durch das BAMF gepeitscht. Unabhängigen Berater\*innen und Unterstützer\*innen, die Geflüchtete im Ankunftszentrum informieren und beraten wollen, ist der Zugang untersagt. Diese sind gezwungen, Geflüchtete vor dem Tor auf Beratungsangebote in unabhängigen Beratungsstellen aufmerksam zu machen.

### **Faire Asylverfahren sind unter solchen Umständen nicht möglich!**

Darüber hinaus werden alle Probleme, die große Lager wie die AnkER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption mit sich bringen, durch die Corona-Pandemie wie unter einem Brennglas noch weiter verschärft.

„Wir freuen uns sehr darüber, dass es uns gelungen ist, unserer Forderung nach der Schließung der AnkER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption zu einem breiten gesellschaftlichen Konsens zu verhelfen“, erklärt Franz Forsmann vom Hamburger Flüchtlingsrat. „Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, die AnkER-Zentren und Einrichtungen mit ähnlicher Konzeption schnellstmöglich zu schließen und die maximale Unterbringungsdauer in Aufnahmeeinrichtungen auf wenige Wochen zu reduzieren!“

Auf Hamburger Ebene fordern wir die umgehende Schließung des Ankunftsentrums Rahlstedt und die Einrichtung einer zukunftsorientierten Erstaufnahme für Geflüchtete, die die Rechte, die Unversehrtheit und das Wohl der Ankommenden respektiert und in den Vordergrund stellt.

Den gemeinsamen Appell finden Sie im Anhang.

Der Flüchtlingsrat Hamburg ruft auf, sich zahlreich an der Kundgebung  
**"Isolation beenden – das Ankommen fördern – faire Asylverfahren sicherstellen ---  
Ankunftszentrum Rahlstedt sofort schließen"**,  
am Sonntag, 5.9.2021, ab 13:30 Uhr vor dem Ankunftszentrum Rahlstedt,  
Bargkoppelstieg 10-14, zu beteiligen.

Flüchtlingsrat Hamburg

i.A. Franz Forsmann